

Bundeswehr vor dem nächsten Auslandseinsatz

Die Bundeswehr steht vor dem nächsten Auslandseinsatz. Nachdem mehrere Tanker in der Region des Persischen Golfs durch iranische Einheiten gekapert wurden, will Großbritannien mit einer Militäreskorte reagieren, zusammengestellt von einer internationalen Koalition. Offenbar wird sich auch Deutschland an dem Einsatz beteiligen. Das kündigte zumindest Außenminister Maas gegenüber der Presse an.

Die Bundesregierung will demnach positiv auf eine Bitte der britischen Regierung reagieren. Hintergrund ist der sich zuspitzende Konflikt mit dem Iran und die Sorge, dass der Seeweg am Persischen Golf blockiert werden könnte. Zu diesem Zweck sei man intensiv mit den Regierungen in London und Paris im Gespräch, heißt es. Unklar ist, wie die militärische Beteiligung der Bundeswehr konkret aussehen könnte. Die Rede ist von Hilfe zur Aufklärung. Diese könnte sowohl aus der Luft etwa mit Awas-Flugzeugen als auch mit Hilfe von Korvetten oder Fregatten erfolgen. Eine Entscheidung wird bereits in den nächsten Tagen erwartet.

Stuttgart: Asylant metzelt Mann mit Schwert auf offener Straße nieder

In Stuttgart wurde auf offener Straße ein Mann mit einem Schwert von einem Asylanten regelrecht niedergemetzelt. In diesem Zusammenhang bringen wir meistens keine Stellungnahmen von Politikern der Grünen, aber eine Ausnahme muss erwähnt werden. Nach dem schrecklichen Schwert-Mord in Stuttgart-Fasanenhof hat sich auch Tübingens OB Boris Palmer (47, Grüne) geäußert. Boris Palmer hat sich jetzt auf Facebook ausführlich zu dem Schwert-Mord von Stuttgart geäußert. In einem Posting auf seiner Facebook-Seite beginnt Palmer zunächst mit dem Mord an zwei Polizisten: Diese waren im August 1989 in Stuttgart-Gaisberg von einem Asylbewerber aus Kamerun erstochen worden. Stuttgarts damaliger OB, Manfred Rommel (CDU) sagte



Kein Tag ohne neue Taten: Nach umfangreichen Ermittlungen der Kriminalpolizei Villingen, erließ das zuständige Amtsgericht, auf Antrag der Staatsanwaltschaft Konstanz, Haftbefehl gegen einen 33-jährigen Asylbewerber.

Der 33-jährige nigerianische Staatsangehörige steht in dringendem Verdacht am 20.7.19 eine 20-jährige Frau vergewaltigt zu haben. Nach den bisherigen Ermittlungen soll der 33-Jährige in seiner Wohnung am Samstagabend, gegen 18 Uhr, die Frau sexuell missbraucht haben. Das Opfer, das den Mann vom Sehen her kannte, konnte in einem unbeobachteten Moment fliehen und die Polizei verständigen.

nach der Tat: "Wir sollten unserer Trauer Würde dadurch geben, dass wir nicht generalisieren, dass wir nicht Unschuldigen Schuld zuweisen. Der Täter hätte auch weiß sein können, er hätte auch ein Schwabe sein können." Rund 30 Jahre später wieder eine Bluttat in Stuttgart. "Am Fasanenhof brachte ein 28-Jähriger wie im Mittelalter einen 36-Jährigen mit mehreren Schwerthieben um", schreibt Palmer in seinem Beitrag. "Er ist angeblich Syrer, doch mittlerweile scheint die Polizei ihn für einen Palästinenser zu halten, der sich nur als Syrer ausgab, um in den Genuss von Schutzrechten für Bürgerkriegsflüchtlingen zu gelangen."

"Hätte auch er ein Schwabe sein können?", fragt der Grünen-Politiker - und gibt die Antwort gleich mit: "Um es kurz

Grüner will nach Morden nur Züge langsamer fahren lassen

Viele Bürger sind immer noch fassungslos über die Geschehnisse am Bahnhof in Frankfurt. Dort hat ein 40-jähriger Eritreer eine Mutter und ihren Sohn vor einen Zug gestoßen. Während sich die Frau noch in letzter Sekunde retten konnte, verstarb das Kind an Ort und Stelle. Längst angelaufen ist auch die Diskussion, wie solche Delikte – es ist der zweite ähnliche Fall innerhalb einer Woche – verhindert werden können. Einen unfassbaren Zugang hat dabei ein grünes Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Anstatt endlich das Problem mit kriminellen Asylanten anzuerkennen, folgen nun abwegige Ideen. Benedikt Lux, vor allem in innen- und rechtspolitischen Fragen der Ansprechpartner seiner Fraktion, überlegt eine Anpassung der Gesetzeslage. Man müsse angesichts der Häufung solcher Todesfälle prüfen, ob Züge „nicht grundsätzlich mit Schrittgeschwindigkeit“ in Bahnhöfe einfahren sollten. Die verantwortlichen Täter scheinen nur wenig zu interessieren.

zu machen: Nein." Den Unterschied zwischen den beiden Taten beschreibt Palmer so: "Damals war es wirklich ein Einzelfall. Es gab keine Serie von Taten, aus denen sich ein Muster herleiten ließ. Bei grausamen Gewalttaten gab es statistisch keinen signifikanten Unterschied zwischen Schwaben und Afrikanern in Stuttgart." Heute habe man aus der polizeilichen Kriminalstatistik "eindeutige Erkenntnisse über die seit 2015 zu uns gekommenen Asylbewerber: Bei schweren Straftaten wie Mord, Totschlag, Vergewaltigung und Körperverletzung machen Asylbewerber 12-15% der Tatverdächtigen aus, obwohl sie weniger als 2% der Bevölkerung stellen." **Hier kann man nur sagen: Herr Palmer hat es als einer der wenigen Grünen das Problem wirklich verstanden.**

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

REP kritisieren Oberbürgermeister

Es ist nicht das erste Mal, dass Oberbürgermeister Uwe Kirschstein (SPD) in Forchheim als Autor für Unmut sorgt. Dieses Mal allerdings kassiert er dafür offiziell eine Art Rüge des Landratsamts. Im Stadtanzeiger, dem Forchheimer Amtsblatt, hatte er sich in zwei Juni-Ausgaben in seinem Editorial, das sich "Stadtgespräch" nennt, zu den Querelen rund um die Rathausanierung geäußert und seine Sicht der Dinge dargestellt. Die Art und Weise, wie er das tat, verärgerte mehrere Stadträte. Bereits in anderen Zusammenhängen kritisierte Republikaner Stadtrat Franz Noffke den Oberbürgermeister und stellte daraufhin beim Landratsamt die Frage, ob diese Äußerungen in einem städtischen Amtsblatt zulässig seien. So ein Amtsblatt darf, wie der Name schon sagt, amtliche Nachrichten enthalten, aber keine parteipolitischen Stellungnahmen. Das Landratsamt hat sich die beiden Editorials genau angeschaut, eine Stellungnahme des OB eingeholt und ist zu dem Schluss gekommen, dass Uwe Kirschstein "deutlich erkennbare parteipolitische Wertungen und Schuldzuweisungen" vorgenommen hat, "die nach der (...) von uns vertretenen Rechtsauffassung nicht dem Gebot der parteipolitischen Neutralität entsprechen, der hier in besonderem Maße Rechnung getragen werden soll."

Das Landratsamt verweist dabei unter anderem auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Baden-Württemberg von 1992 und fordert Uwe Kirschstein auf, "diese Art der Publikationen zukünftig zu unterlassen".

Nächstes Jahr finden wieder Kommunalwahlen statt. Hierzu treten auch wir Republikaner u.a. in Forchheim wieder an. Spätestens dann dürfen die Bürgerinnen und Bürger mit dem Stimmzettel zeigen, was sie von der Politik des Bürgermeisters halten.

Pflegenden Angehörigen oft von Armut betroffen

Wer sich um pflegebedürftige Familienmitglieder kümmert, kann oft nicht arbeiten gehen, schon gar nicht in Vollzeit, denn bei der Pflege handelt es sich häufig um eine so zeitintensive Tätigkeit, die keinen Beruf mehr neben sich zulässt. Der Sozialverband Deutschland beobachtet, dass besonders Frauen die finanzielle Überforderung droht. Rund 2,5 Millionen Menschen pflegen hierzulande zu Hause ihre Angehörigen, etwa 1,65 Millionen davon sind Frauen. Neben der körperlichen und der seelischen Belastung tragen sie ein hohes Armutsrisiko. Der Einsatz, den pflegende Angehörige erbringen – geht oft zu Lasten ihrer Berufstätigkeit. Im "Pflegerport" der Barmer Krankenkasse gaben 85 Prozent der Angehörigen an, die Betreuung des Pflegebedürftigen bestimme ihren Alltag. Die Hälfte der Befragten kümmert sich demnach mehr als zwölf Stunden um den Pflegebedürftigen, jeder vierte Pflegende hat seinen Beruf deswegen reduziert oder aufgibt.

55.000 Lehrer fehlen bundesweit

An der Ausbildung der nächsten Generation wird gespart. 55.000 Lehrer fehlen in Deutschland. Der Lehrermangel wird sich im kommenden Schuljahr noch einmal verschärfen. Die Schulen werden bundesweit rund 15.000 Stellen nicht besetzen können. Das sind rund 5.000 mehr als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr. Außerdem werden rund 40.000 Lehrerstellen mit weniger qualifiziertem Personal, also Studenten, Quereinsteigern und durch Mehrarbeit von Pensionären, besetzt. Deshalb setzen wir uns für eine Aufstockung der finanziellen Mittel im Bereich der Bildung ein.

Hagen: Schweinefleisch-Verbot in 3 Kitas

Erst Leipzig, jetzt Hagen. Aus falsch verstandener Toleranz gibt es nun an drei Kitas ein Verbot von Schweinefleisch. Dieses soll bzw. wurde mit Rücksicht auf muslimische Kinder grundsätzlich vom Speiseplan gestrichen. „Wir haben viele muslimische Kinder in unseren Einrichtungen“, so Bernadette Rupa, Vorstand des Hagener Caritas-Verbandes: „Deshalb verzichten wir grundsätzlich auf Schweinefleisch.“

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen, z.B. in Wiesental, am 21.07, um 10.00 Uhr. Informationen unter:0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.